Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Die Lage Süddeutschlands.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

currenz noch ohne dieselbe functioniren kann, so beweist dies eben aufs neue daß es überhaupt unausführbar ist.

Das ist nun freilich nichts weniger als eine Neuigkeit, und ich würde Anstand genommen haben, mich in Ihrem Blatte scheinbar auf Gemeinplätzen zu tummeln, fehlte nicht so Vielen, denen diese Fragen jeden Tag practisch an den Leib treten, der Muth, die Consequenzen zu ziehen. Bei uns am Rheine empfindet man den Ernst der Arbeiterfrage vielleicht am stärksten. Umsomehr fühlen wir uns aufgefordert, dazu beizutragen, daß aus der Reihe von Lösungsvorschlägen wenigstens das ausgeschlossen werde, was mit dem Zauber des innern Widerspruchs begabt in unreifen Köpfen spukt. Man sollte sich gewöhnen, Apostel und Agitatoren der obenbeleuchteten Doctrinen vom pathologischen Gesichtspunkte zu betrachten.

Die Lage Süddeutschlands.

Aus Schwaben, 12. Oct.

Durch das Rundschreiben Bismarcks vom 7. Septbr. sind die Südstaaten in eine neue Lage gebracht; in die Freiheit ihres Entschlusses ist ihr eigenes wie das Schicksal Deutschlands gegeben. So offen als es nur jemals Cavour gethan, hat Bismarck den Grundsatz der Nationalität aufgestellt. Die Constituirung eines Volkes ist seine eigene Sache; will das deutsche nur einmal eins sein, so findet sich auch der Staatsmann, der die Hand dazu bietet, alles ist hinfort in den Willen der Nation selbst gestellt. Süddeutschland insbesondere ist gesagt, daß es nur von ihm selbst abhänge, an dem Neubau des deutschen Staats theilzunehmen, und Frankreich ist der verständliche Wink ertheilt, daß Deutschland sich in seiner Constituirung durch keinen Versuch fremder Einmischung stören lassen werde.

Das Rundschreiben war die Erwiederung auf die salzburgische Zusammenkunft. Diese Provocation, — die stärkste aller bisherigen Provocationen, mag auch die practische Folge Null sein, — forderte eine Aeußerung der preußischen Regierung heraus, die nach beiden Seiten kein Mißverständniß ließ, weder der Nation noch dem Ausland gegenüber. Es war die Frage, wie sie von beiden Seiten aufgenommen und beantwortet wurde.

Jeder Tag verstärkt für Frankreich die Nöthigung, endlich aus seinem bisherigen Schwanken zwischen Kriegs- und Friedensschlüssen herauszutreten. Es kann ihm nicht entgehen, daß durch die Fortdauer der bisherigen Zweideutigkeit sein Prästige viel sicherer untergraben wird, als durch rückhaltlose Anerkennung der Thatsachen. Denn wenn es das Rundschreiben von 7. September, die officiellen Kundgebungen aus Baden, die Adresse des norddeutschen Reichstags ruhig hinnimmt, ohne doch seine halbdrohende Haltung aufzugeben, so ist nur die eine Deutung möglich, daß es wohl der Entwicklung der deutschen Dinge entgegentreten möchte, aber, für den Augenblick wenigstens, doch vor dem Aeußersten zurückschreckt. Die klare Sprache Bismarcks nicht minder als die Lage der Geschäfte in Frankreich drängen zu einer Entscheidung. Noch scheint dieselbe zu dieser Stunde nicht erfolgt. In der That wurde sie erschwert durch die gleichzeitigen Verwicklungen, die von Rom her sich erhoben.

Es ist ein eigenes Zusammentreffen, daß auch in diesem Augenblick wieder die Bahnen der deutschen und der italienischen Einheitsbewegung aufs innigste sich berühren und zusammenlaufen. Hier wie dort ein Volk, das vor dem letzten Ziele seiner staatlichen Entwicklung steht, hier wie dort der drohende Einspruch einer Macht, die auf zweideutige Verträge gestützt das neue Recht der Völker nicht anerkennen will, hier wie dort das entschiedene Verlangen, dieser unberechtigten Bevormundung ein für allemal sich zu entziehen. Noch einmal tritt an Frankreich die Versuchung heran, nach beiden Seiten seine illegitimen Ansprüche aufrecht zu erhalten. Näher noch muß ihm der Gedanke liegen, durch Nachgiebigkeit nach der einen Seite sich eine starke Position nach der andern zu verschaffen. Aber auch der dritte, eines großen sich selbst achtenden Volks allein würdige Weg steht ihm noch offen, der Entschluß, andere Völker nach ihrem freien Willen ihre inneren Angelegenheiten ordnen zu lassen.

Mit weit größerm Gleichmuth könnte man den Entschließungen Frankreichs entgegensehen, wenn das Bismarcksche Rundschreiben sofort im Süden den entsprechenden Wiederhall gefunden hätte. Aber es scheint fast in Frankreich besser verstanden und gewürdigt worden zu sein, als bei uns. Man hätte denken sollen, nachdem das nationale Ziel von Preußen so unumwunden aufgestellt und die Vollendung des Einheitswerkes einzig vom freiwilligen Entgegenkommen des Südens abhängig gemacht ist, müßte die Bewegung vollends unaufhaltsam dem Ziele zueilen, jede Drohung ignorirend, jeden Widerstand zermalmend. Allein gerade die Freiheit der Wahl, die dem Süden zugestanden ist, kommt zunächst den Widerstandsmächten zu gute. Ohne auf die Bevölkerungen die elektrische Wirkung hervorzubringen, die bei einem Volke andern Temperaments oder minder entwickelten Localgeists nicht ausgeblieben wäre, gewährt sie den Regierungen die erwünschte Frist, unbelästigt sich in den Rechten ihrer Souveränität wohnlich einzurichten.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Das scheint, von Baden abgesehen, die Stellung, welche die süddeutschen Regierungen der neuen Lage gegenüber eingenommen haben. Herr v. Dalwigk, der schlimmste unter seinen Collegen, bleibt unbeanstandet auf seinem Posten, trotzdem der Graf Bismarck schonungslos ihm eine Lection ertheilt hat, die nicht jeder auf sich sitzen läßt. Fürst Hohenlohe edirt eine neue Auflage seines alten Programms, an der wiederum nichts verständlich ist, als der negative Theil, und nichts verständlicher, als die Weigerung, in den norddeutschen Bund zu treten, und die polemische Spitze, die gegen die Tendenzen dieses Bundes und gegen ein einseitiges Vorgehen Badens gerichtet ist. Daß Herr v. Varnbüler auf derselben Linie steht, darf man aus guten Gründen annehmen wenn auch seine Beredtsamkeit vor den Kammern in ein weniger kunstvolles und weitfaltiges Gewand sich hüllen wird. Die allerhöchste Aeußerung, das Schutz- und Trutzbündniß und der neue Zollvereinsvertrag seien das letzte äußerste Zugeständniß an Preußen, mag authentisch sein oder nicht, die Meinung der regierenden Kreise dürfte sie ziemlich genau ausdrücken. So antworten denn die süddeutschen Regierungen auf die Einladung, daß ihnen die Pforten des neuen deutschen Reichs offen stehen, mit einem runden: Wir wollen nicht.

Unter diesen Umständen wäre in der Bevölkerung selbst die Aufbietung aller Kräfte nöthig, um Preußen, den eigenen Regierungen wie Frankreich gegenüber, den festen Willen zu bekunden, vom neuen deutschen Reich nicht ausgeschlossen zu sein. Aber zu einer so einmüthigen geschlossenen Gesinnung fehlt noch viel. Wir stehen hier vor einem Proceß, der erst begonnen hat und der noch lange nicht erlaubt, reife Früchte zu schütteln. Die Organisation einer nationalen Partei, die Kundgebungen in Stuttgart, Nürnberg, in Augsburg, auch der Empfang, der dem König von Preußen in verschiedenen Orten Würtembergs und Bayerns zu Theil geworden ist, das Alles sind Symptome, daß die Stimmung seit einem Jahr wesentlich zum Bessern sich gewendet hat. Allein es sind Anfänge. An die Initiative der würtembergischen und auch der bayrischen Stände zur Forderung des Eintritts in den Bund ist nicht zu denken. Man muß schon froh sein, wenn die bewußten Verträge die Genehmigung der Kammern erhalten. Noch sind die Intriguen, die namentlich gegen die Genehmigung des Schutz- und Trutzbündnisses in Würtemberg angezettelt worden, nicht völlig aussichtslos. Der Gedanke einer Einmischung des Auslandes, anstatt als eine mit allen Mitteln abzuwendende Schmach in den Gemüthern zu brennen, läßt die Menge theilnahmlos und erfüllt Radicale und Ultramontane mit Sehnsucht und Hoffnung.

So steht denn der Süden mit einem Wort noch lange nicht auf der Höhe des ihm vom Nordbund gemachten Anerbietens. Allerdings darf man vertrauen auf die mit der fortschreitenden Befestigung der norddeutschen Bundeseinrichtungen wachsende Anziehungskraft des constituirten Staatsorganismus

auf die noch fehlenden atomistisch zersplitterten Theile. Wird durch die Wiederherstellung des Zollvereins und insbesondere durch die Institution des Zollparlaments für das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen ein stetig wirkendes Organ geschaffen, so werden andrerseits die Früchte der einheitlichen Gesetzgebung im Nordbund das Volk im Süden zu Parallelen einladen, die für die Vereinigung nur günstig sein können. Schon jetzt fällt der Vergleich der ökonomischen Verhältnisse entschieden zu Ungunsten des Südens aus. Die nächste Zollvereinszählung wird wieder Resultate bringen, die schlecht zu der Mohl'schen Verherrlichung des süddeutschen Eldorado stimmen. In der Folge wird sich noch viel deutlicher herausstellen, wie es mit den Früchten der norddeutschen Knechtschaft und der süddeutschen Freiheit beschaffen ist. Die Fortschritte der norddeutschen Gesetzgebung müssen als eben so viele Schrauben wirken, die an die Autonomie des Südens angesetzt werden. Es wird auch in Süddeutschland die Erkenntniß aufdämmern, daß für das wirthschaftliche Wohlergehen und selbst für die politischen Rechte der Nordbund ganz andere Garantien bietet, als die Selbständigkeit des Südens, d. h. sein Ausschluß von dem lebendigen Spiel der wirthschaftlichen und politischen Kräfte der Nation.

Dies Alles wird seine Wirkung ausüben. Aber man wird nicht erwarten können, daß die Wirkung sich rasch zeige. In der That müssen wir, so lange das Programm: „Warten bis der Süden freiwillig kommt," strict ausgeführt werden soll, uns auf eine lange Uebergangszeit gefaßt machen. Niemand vermag vorauszusehen, wann — normale Zeitumstände vorausgesetzt einmal der Zeitpunkt kommen wird, da die süddeutschen Bevölkerungen mit der Wucht einstimmigen Willens und Entschlusses den Eintritt begehren. Und wer sie darum gar zu hart beurtheilen wollte, den darf man doch daran erinnern, daß auch im Norden die bundesstaatliche Einigung nicht durch Ueberreden oder freiwilliges Entgegenkommen zu Stande gebracht worden ist. Preußens bundesstaatliches Programm vom 10. Juni 1866 wäre noch heute ein Programm wie andere, ohne die darauf gefolgte Action, ohne die Einverleibung der einen und ohne den mehr oder weniger sanften Druck auf die anderen.

Und wenn man nur sicher wäre, daß dieser Proceß, wenn auch langsam, doch stetig und ohne Störungen sich vollzieht! Aber der Uebergangszustand ist nicht nur von unabsehbarer Dauer, er ist auch nicht ohne Gefahren. Eine auswärtige Verwicklung mag Norden und Süden rascher zusammenschmelzen, aber man gebe sich keiner Täuschung hin, auch das ist bei der geographischen Lage der Südstaaten noch immer denkbar, daß der Versuch einer Trennung gemacht würde. Schon einmal haben zum Theil dieselben Minister, die heute noch regieren, die freundlichen Dienste Frankreichs angerufen, und noch heute sieht die würtembergische Regierung in der preußischen Partei des Landes ihren eigentlichen Feind. Verbissene Demokraten träumen von der Vereinigung mit der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Schweiz und begrüßen im Bund mit den Ultramontanen die französisch-östreichische Allianz als Rettungsanker für die süddeutsche Freiheit. Ungescheut wird das Schutz- und Trutzbündniß im Süden als ein werthloses Stück Papier bezeichnet und allgemein ist das Gefühl, daß dieses Band allerdings für sich allein nicht stark genug ist, die Wiederkehr der Schmach früherer Zeiten unmöglich zu machen. Nicht einmal dazu hat es überall hingereicht, ungesäumt die preußische Wehrverfassung einzuführen, wozu es wenigstens die moralische Verpflichtung insofern enthielt, als seine legale Ausführung ohne diese Vorbedingung gar nicht möglich ist. Und wo denn doch mit der Erhöhung der Kriegstüchtigkeit Ernst gemacht wurde, hat es nicht an Stimmen gefehlt, welche öffentlich als den eigentlichen Gegner, gegen welchen Süddeutschland „bis an die Zähne" sich waffnen müsse, Preußen bezeichneten, und welche die Anspannung der militärischen Kräfte ausdrücklich nicht mit der Nothwendigkeit des Zusammenstehens nach außen motivirten, sondern mit der Gefahr einer „uns etwa nach den Erfahrungen von 1866, wenn auch nur möglicherweise drohenden Vergewaltigung".

Dies sind nun freilich Verirrungen Einzelner, welche die Entwicklung im ganzen und großen nicht aufhalten können. Allein so lange jene Frist der freien Wahl dauert, ist doch auch den Agitationen dieser Art Freiheit gesichert und nicht jegliche Aussicht auf Erfolg abgeschnitten. Für das Ausland zumal sind sie ein beständiger Vorwand, sich der bedrohten süddeutschen Freiheit anzunehmen und ehrgeizige Gelüste in das Gewand tugendhafter Entrüstung zu kleiden. Das Gefühl der Unsicherheit zum mindesten ist unzertrennlich von dem Wohnen in einem ungebauten Haus. Und wer sich erinnert, wie die süddeutsche Bevölkerung im vorigen Jahr durch nichtswürdige Verführungskünste ihre Vernunft gefangen nehmen ließ, muß wünschen, daß die Zeit abgekürzt werde, innerhalb deren die Wiederkehr ähnlicher Erfahrungen wenigstens möglich ist. Es liegt im Interesse des Südens wie des Nordens, im Interesse des allgemeinen Friedens, daß die Zeit der freien Wahl ihr Ende finde.

Und es ist ein Mittel diese Frist abzukürzen. Erwartungsvoll sind in diesem Moment die Blicke auf Baden gerichtet. Der Norden ist bereit zu empfangen, Baden ist bereit zu kommen — welche Gründe sind vorhanden, den entscheidenden Schritt zu verzögern? Der Schlußparagraph der Bundesverfassung erlaubt den Zutritt auch eines einzelnen der Südstaaten; Bismarcks Rundschreiben und die Adresse des Reichstags erklären einen solchen Schritt für eine lediglich innere Angelegenheit der deutschen Nation; der unberechtigte Versuch des bayrischen Veto fordert eine unzweideutige Antwort.

Nach der französischen Seite würde der Zutritt Badens vollends die erwünschte Klarheit bringen. Die Ausdehnung des norddeutschen Bundes längs des Rheins bis an die Schweizergrenze würde Frankreich einen letzten Entschluß

kosten, es wäre die letzte Möglichkeit eines Versuchs, die deutsche Einheit zu hindern. Die letzte, aber nicht eben die günstigste. Gerade bei Baden wäre der Vorwand für eine Einmischung schwerer zu finden als bei der Aufnahme des ganzen Südens. Auch in Frankreich weiß man, daß man Baden gegenüber von preußischen Uebergriffen und Eroberungsgelüsten am wenigsten reden kann. Nicht einmal eine nennenswerthe Minderheit gilt es zu schützen gegen die Krallen des preußischen Adlers. Es ist der freieste Entschluß, der reine Ausfluß der Selbstbestimmung, wenn in Baden Fürst, Regierung und Volk in die dargebotene Rechte einschlägt. Soll uns dann der Handschuh entgegengeschleudert werden, unter günstigeren Umständen und mit besserm Gewissen könnten wir ihn nicht aufnehmen. Allein, täuscht nicht alles, so ist durch das Bismarcksche Rundschreiben, wenn es auch anfangs die Empfindlichkeit unsrer Nachbarn reizte, die öffentliche Meinung in Frankreich eher in friedlichem Sinn bestärkt worden. Mit größerm Nachdruck als zur Zeit des Luxemburger Conflicts hat sich das Friedensbedürfniß und der Friedenswille ausgesprochen. Aus dem einfachen Ernste der Bismarckschen Worte hat man die Unmöglichkeit herausgelesen, die Einheit Deutschlands überhaupt noch verhindern zu wollen, und überrascht wäre man nur dann, wenn diesen Worten die erwartete That nicht folgte.

Hat aber Frankreich auch diesen weitern Schritt hingenommen wie es die Ankündigung desselben in den badischen Kundgebungen im Rundschreiben Bismarcks und in den berliner Adreßdebatten hingenommen hat, so brauchte uns wegen der Isolirung Würtembergs nicht mehr bange zu sein. Es wäre für die Widerstandskräfte ein Schlag, von dem sie sich nicht mehr erholten. Und wenn der Fürst Hohenlohe Baden vor einseitigem Vorgehen warnte, so that er es in dem ganz richtigen Gefühl, daß damit auch sein künstliches Anschlußprogramm über den Haufen geworfen wäre und der Einheitsproceß unaufhaltsam vollends die beiden letzten widerstrebenden Staaten anfallen würde.

Die preußische Regierung wird keinen Schritt thun, dessen Tragweite nicht vorher genau bemessen ist, sie wird auch für den Eintritt Badens umsichtig den Moment wählen, sie wünscht, daß der Ausbau des deutschen Staats sich im Frieden vollziehe. Aber am sichersten werden wir dann für den Frieden sorgen, wenn man uns entschlossen unsere Straße weiter ziehen und furchtlos die Mainbrücke überschreiten sieht. γ.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG